

**Liebe Mitglieder des LSBB,
Sehr geehrte Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt
und Antidiskriminierung, Frau Kiziltepe.
Werte Gäste,**

Der LSBB trägt auch 2024 dazu bei, Berlin zu einer vielfältigen Stadt mit einer sozialen und nachhaltigen Stadtpolitik für alle Menschen, die hier leben, besser und lebenswerter zu machen.

Wir wollen, dass sowohl die heutigen Generationen als auch nachfolgende Generationen eine Stadt vorfinden, die funktioniert, bezahlbar ist, die mit einer starken Wirtschaft gute Arbeit ermöglicht und sich den Herausforderungen des Klimawandels stellt.

Um dieses Anliegen zu befördern, haben wir in den vergangenen zwei Monaten, wie auch das ganze Jahr 2023 den Senat und die Fraktionen des AGH, in seniorenpolitischen Angelegenheiten beraten und angeregt, wichtige gesetzliche Grundlagen zu erarbeiten und zu beschließen, in den auch die Interessen und Bedarfe der Älteren Berücksichtigung finden.

Dabei hatten wir stets alle Bereiche des Senates im Fokus. Senior*innen Politik ist kein Ressort einzig der Sozialverwaltung, sondern nach unserem Verständnis eine gesetzliche Verpflichtung für den ganzen Senat.

Ihre nach dem Seniorenmitwirkungsgesetz aktuell zuständige Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, war für uns die erste Ansprechpartnerin.

Wir haben uns auf Augenhöhe regelmäßig abgestimmt und gegenseitig unterstützt. Die Seniorenwoche, Fachtagungen und Workshops waren dafür exemplarische Beispiele.

Immer blieb die Unabhängigkeit der Gremien bewahrt. Auf sie legen wir auch weiterhin besonderen Wert.

Wir danken für diese konstruktive Zusammenarbeit ganz besonders Frau Mariana Rieck Moncayo, der damaligen Gruppenleiterin u.a. für Seniorenpolitik.

Sie hat wichtige Grundlagen gelegt, die wir unbedingt festigen und nachhaltig weiterentwickeln wollen.

Mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege Gleichstellung Bereich Pflege, insbesondere Altenhilfe sind wir ebenfalls über vielfältige Anliegen im Gespräch. Wir wurden Mitglied im Landespflegeausschuss und haben darüber hinaus unzählige inhaltliche Schnittstellen. Wir haben die Hoffnung, dass diese vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Beschluss eines „Berliner Altenhilfestrukturegesetzes“ in dieser Legislatur führt.

Unsere Plenen 2023 befassten sich ganz bewusst mit sehr unterschiedlichen und vielfältigen seniorenpolitischen Schwerpunkten.

Im März beschlossen wir unseren Entwurf des „Altenhilfestrukturegesetzes“.
Im Mai befragten wir die senior*innen- und sozialpolitischen Sprecher*innen der AGH- Fraktionen, wie sie die im Koalitionsvertrag beschlossenen Aufgaben in der Legislatur umsetzen wollen.

Im Juli stand die digitale Teilhabe im Alter im Mittelpunkt. Das Plenum im September hob den Hitzeschutz für ältere Menschen hervor. Das Thema „Wohnen im Alter- Wohnraumversorgung älterer Menschen“ prägte die Debatte im November.

Parallel zu allen Aktivitäten haben wir die Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes nicht aus den Augen verloren. Aktuelle Themen und akute Probleme z.B. in der Verkehrs- Klima- und Finanzpolitik wurden ebenso aufgegriffen.

Wir regierten u.a. mit Presseerklärungen oder übermittelten das Anliegen, der jeweils zuständigen Senator*in.

In den Monaten ab September nahmen die Ereignisse Fahrt auf.

In den Vorstandssitzungen am 21.11. und 19.12. verständigten wir uns über die Ergebnisse stattgefundener Gespräche u.a.

mit der Senatorin für WGPG Frau Dr. Czyborra,

dem Staatssekretär für Gesellschaftlichen Zusammenhalt Herr Oliver Friederici, der Staatssekretärin für Zentrales und Verbraucherschutz Frau Esther Uleer, über die erste „Berliner Engagementkonferenz“,

über die Fachveranstaltung „Ergebnisse des Gutachtens zur Altenhilfeinfrastruktur- und Planung,

über den Fachtag „Weiterentwicklung der Maßnahmen zu den Leitlinien“ und

natürlich über den am 14.12. 2023 vom AGH beschlossenen Doppelhaushalt für 2024/2025.

Wir stellten fest, dass wir mit dem beschlossenen Etat unsere Schwerpunkte, Arbeit und Projekte, insbesondere die Finanzierung der gemeinsamen Geschäftsstelle realisieren können.

Nun sollen nach Aussage des Finanzsenators alle Ressorts aber sparen. Die Kürzungsvorschläge sollen bis Februar gemacht werden.

Wir sind sehr interessiert daran zu erfahren, welche Kürzungen in der Senior*innen- und Sozialpolitik erfolgen und wie sie sich auswirken werden.

Liebe Mitglieder des LSBB,
Werte Gäste,

Seit 01.01 2024 ist unübersehbar und unüberhörbar- Es ist wieder Wahlkampf in Berlin.

Am 11. Februar 2024 muss auf Grund von Fehlern bei der Planung und Probleme bei der Durchführung der Wahlen am 26. September 2021, in 455 von insgesamt 2.257

Wahl-Bezirken von Berlin die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag wiederholt werden.

Senior*innen verfügen über einen enormen Erfahrungsschatz, aus dem sie bei ihrer Entscheidungsfindung schöpfen können, und großes politisches Interesse.

Es ist wichtig, dass sie über die Zukunft mitbestimmen und am politischen wie auch am alltäglichen Leben teilhaben.

Wir rufen alle wahlberechtigten Senior*innen auf, am 11.02. zu wählen oder die Briefwahl zu nutzen.

Am 16.11.2022 hatten wir, wie bekannt die Arbeitsschwerpunkte des LSBB für 2023 einstimmig beschlossen.

Heute liegen sie für 2024 aktuell erweitert zur Beschlussfassung vor.

Wir regieren mit ihnen flexibel auf die gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen.

In den kommenden Wochen und Monaten organisieren wir selber Veranstaltungen oder nehmen an Konferenzen, Aktionen und Demonstrationen teil.

Eine grundlegende Voraussetzung für die Senior*innen Politik sind Gesetze, die das Heute reflektieren und auf die Herausforderungen der Zukunft orientiert sind.

Dazu sind die Beschlüsse des novellierten „Seniorenmitwirkungsgesetz“ und eines neu geschaffenen „Altenhilfestrukturegesetz“ für Berlin in dieser Legislatur, unser prioritäres Ziel.

Im Kontext mit den aktualisierten Maßnahmen der Leitlinien hätten wir dann gesetzliche Grundlagen mit großen Einflussmöglichkeiten in der Senior*innen Politik, die kein anderes Land in der Bundesrepublik hätte.

Und das könnte auch auf die Bundesebene ausstrahlen.

Die Unterstützung hilfebedürftiger älterer Menschen, das Eintreten gegen Altersarmut und Einsamkeit im Alter ist eine Aufgabe, nicht nur für 2024.

Die Arbeitsschwerpunkte werden aktuell durch das Thema „Hitzeschutz für ältere Menschen im Stadtraum“ erweitert.

Diese Herausforderungen können, wie auch die Berliner Hausbesuche, Mobilität als Voraussetzung für Teilhabe, Wohnen im Alter in einer wachsenden Stadt, Pflege und Gesundheit im Alter, Digitalisierung, dann auch wirkungsvoller umgesetzt werden.

Um all den Anforderungen gerecht zu werden, ist es zwingend notwendig, dass wir uns zunächst selber darauf vorbereiten und uns qualifizieren.

Daher planen wir Angebote mit bedarfsorientierten Schulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und eine mehrtägige Klausur.

Die 50. Berliner Seniorenwoche soll zum gesellschaftlichen Höhepunkt für Berlin aller Generationen werden. Die Vorbereitung wird insbesondere von einer wirksamen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Wir unterstützen die Senatsverwaltung dabei.

Die begonnenen Gespräche über die Senior*innenpolitik werden mit weiteren Senator*innen und Senatsverwaltungen fortgesetzt.

Ein Erfahrungsaustausch über Struktur und Wirksamkeit bestehender Seniorenmitwirkungsgesetzen mit dem LSB Landesseniorenbeirat Hamburg, wird uns Anregungen im Prozess der Novellierung unseres Gesetzes geben.

Wir verstärken unsere Vernetzung mit anderen Beiräten des Landes und die Kooperation mit Partnern der Senior*innenpolitik auf Landes- und Bundesebene.

Das sind Vorschläge des Vorstands.

Ich möchte den Bericht des Vorstandes mit ihren Worten Frau Senatorin im Dankschreiben an die Partner*innen beenden.

Sie verwiesen darauf, dass Berlin uns auch im kommenden Jahr 2024 sehr brauchen wird.

Ganz persönlich drückten Sie den Wunsch aus, mit uns gut weiter zusammenzuarbeiten. Das möchten wir erwidern- Sehr gerne!

Eveline Lämmer
Vorsitzende LSBB